

Nach Berliner Gipfel: Neuer Streit in der EU

Ehemaliger EU-Parlamentspräsident fordert „Blockierer“ zum Austritt auf / EU-Experte sagt, wie es nun weitergeht

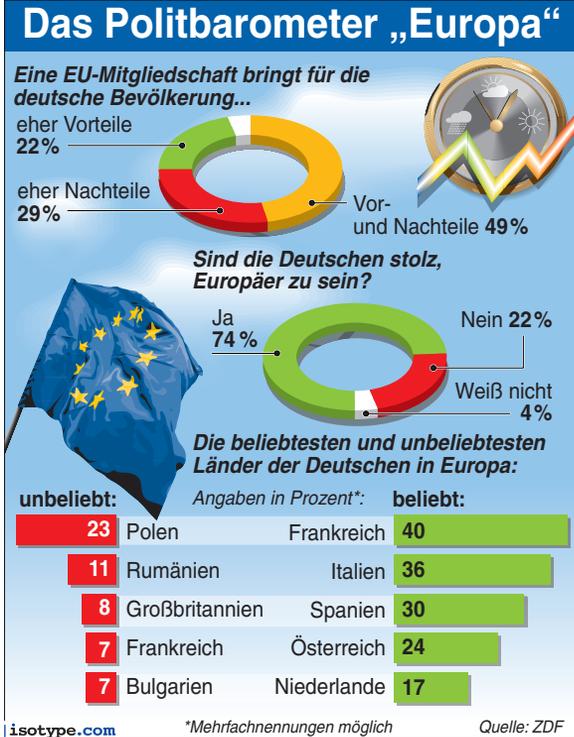
tz Berlin
Die Bundesregierung sonnt sich noch im Erfolgsgefühl des Berliner Gipfels, doch über der EU zieht schon wieder Sturm auf. Tschechien und Polen stellten die „Berliner Erklärung“, die Reformen bis 2009 fordert, als nicht bindend und unerfüllbar hin. Der frühere Präsident des Europäischen Parlaments Klaus Hänsch (SPD) forderte EU-Widerspenstige sogar auf, die Verfassung endlich zu ratifizieren oder die Gemeinschaft zu verlassen. Die *tz* sprach über den neuen, alten Streit um die Rechte und Pflichten der Gemeinschaft mit dem Münchner **EU-Experten Roman Maruhn** vom Centrum für angewandte Politik:

Zerbricht die EU, wenn bis 2009 keine neue Vertragsgrundlage geschaffen wird?

Nein. Wirtschaftlich auf keinen Fall. Es wird vermutlich alles weiterlaufen wie bisher, denn auch ohne Verfassung wird die EU in diesem Punkt nicht handlungsunfähig. Politisch wird die Gemeinschaft in der Welt jedoch weiter keine ernst zu nehmende Macht darstellen und sich bei Krisen wie zuletzt im Irakkrieg auseinanderdividieren.

Wird es dann weiter Dauer-Blockierer geben?

Ja, das ist anzunehmen: Insbesondere angesichts der aktuellen europaskeptischen Regierungen in Polen und der Tschechischen Republik, aber auch des prinzipiell distanzierten Verhältnisses Großbritanniens ist der politische Alltag schwieriger geworden. Der allgemeine Konsens, dass es mit der EU vorwärtsgen gehen muss, scheint verloren gegangen sein.



Was passiert 2009 ohne Verfassung?

Nach der Wahl des Europa-Parlaments

kommt es vermutlich zu einer Machtprobe zwischen dem neuen Parlament und den Mitglieds-

staaten, die sich gegen die Ratifizierung einer Verfassung stellen. Damit das Parlament allerdings Druck machen kann, müsste es die europäischen Bürger mobilisieren. Das Parlament hat aber weitere Möglichkeiten: Es entscheidet ganz wesentlich über die Zusammensetzung der dann neuen Europäischen Kommission 2009. Hier könnte erheblicher Druck auf alle Mitgliedstaaten, aber auch insbesondere auf mögliche Blockierer ausgeübt werden.

Kann diese EU-Verfassung nicht einfach als „nicht durchsetzbar“ unter den Tisch gekehrt werden?

Nein. Sie wurde 2004 von allen Mitgliedsstaaten als verbindlich verpflichtendes Dokument angenommen. Von diesem Abkommen gibt es eigentlich kein Zurück mehr.

Könnte ein EU-Mitglied die Gemeinschaft tatsächlich verlassen?

Theoretisch ist ein Austritt möglich. Praktisch ist eine Entflechtung aller Beziehungen höchst kompliziert und problematisch. Er würde der Wirtschaft des betreffenden Landes auch einen so gewaltigen Schock versetzen, dass kein Staat freiwillig dieses Risiko eingehen dürfte. Vor die Tür gesetzt werden kann von der EU im Gegenzug niemand. Die Gemeinschaft kann aber sehr wohl Sanktionen verhängen.

Wäre ein zweigeteiltes Europa die Lösung für die EU?

Faktisch gibt es bereits zwei „Clubs“ in der EU. Im ersten sind die Länder, die auch bereits politisch sehr eng kooperieren. Es sind diese die Länder, die der Währungsunion, dem Schengener Abkommen

und dem Vertrag von Prüm und deren Schnittmenge angehören. Im zweiten „Club“ sind die Länder, die in erster Linie die Vorteile des Binnenmarktes nutzen. Trotzdem scheut sich Brüssel davor, diesen Zustand mit Vereinbarungen zu zementieren, weil er das Ziel untergräbt, die EU in der Welt als vollwertiges Gegengewicht zu anderen Mächten zu positionieren.

Sollte sich die EU nicht besser neu erfinden?

Die europäische Integration war, ist und wird immer ein evolutionärer Prozess sein. Neu erfinden braucht man die EU nicht. Aber verbessern wird man sie müssen – sei es auf einen Schlag mit der Verfassung bzw. etwas Ähnlichem oder eben mühsamer in kleinen einzelnen Schritten.

INTERVIEW: CARMEN KRIPPL